

BAHN

## Schikanierte Kunden

Ungeachtet der Diskussion um überhitzte ICE-Züge häufen sich beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA) Beschwerden von Bahnkunden, die wegen der Verspätung ihres Zuges eine Entschädigung beantragen. Seit Sommer 2009 ist die Bahn verpflichtet, bei Fahrplanüberschreitungen von mehr als 60 Minuten bis zur Hälfte des Ticketpreises zu erstatten. Schriftlich reklamierende Kunden bekamen in mehreren Fällen von der Bahn die Antwort, sie sollten die Fahrkarte als Beleg einreichen – nur so sei eine Entschädigung möglich. Die meisten Kunden hatten das Ticket aber bereits ihrer Reklamation beigefügt; sie fühlen sich schikaniert. In einem dem EBA vorliegenden Beschwerdebrief heißt es etwa: „Ich hoffe doch sehr, dass das Verlieren von Fahrkarten durch die Deutsche Bahn nicht ein Weg ist, Kunden von ihrer zustehen-



Anzeigetafel der Deutschen Bahn

den Entschädigung abzuhalten.“ Die Leiterin der Schlichtungsstelle Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen, Sara Zühlsdorff, bestätigt, es gebe „immer wieder“ derartige Fälle. Sie erschweren die Arbeit, „weil die Beweislast beim Kunden liegt“. Ein Sprecher des Eisenbahn-Bundesamts, der Aufsichtsbehörde der Bahn, erklärte, die Problematik sei „derzeit Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens“. Bis zum Abschluss des Verfahrens könne jedoch keine Einschätzung abgegeben werden, inwiefern die Bahn gegen die Fahrgastreueverordnung verstoße. Die Bahn zeigt sich unterdessen flexibel: „Im Sinne unserer Kunden akzeptieren wir auch alternative Nachweise für den Ticketkauf oder streben eine kulante Lösung an.“



„Grüne Revolte“ in Teheran 2009

FLÜCHTLINGE

## Erste Iraner eingereist

Monatelang hat die Bundesregierung für die Auswahl und Überprüfung gebraucht – nun hat Deutschland die ersten von insgesamt 50 iranischen Dissidenten aufgenommen, die nach der gescheiterten „Grünen Revolte“ im vergangenen Jahr aus dem Land fliehen mussten und danach in der Türkei gestrandet waren. Wie das Bundesinnenministerium bestätigte, sind seit Mitte Juni 12 Perser eingereist, ein weiterer folgt diese Woche. Noch einmal 26 sind inzwischen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgewählt worden, bei 11 weiteren dauert die Prüfung noch an. Ursprünglich hatte die Bundesrepublik 10 bis 20 Bewerbern einen Aufenthaltstitel gewähren wollen, um so ihr Ver-

sprechen einzulösen, wonach sie die Anhänger der Grünen Revolte nach der blutigen Niederschlagung ihres Aufstands nicht im Stich lassen werde (SPIEGEL 19/2010). Nach Protesten von Exil-Iranern in Deutschland und der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ stimmte die Innenministerkonferenz jedoch einer Aufstockung des Kontingents zu. Nach Angaben des Berliner Menschenrechts-Aktivisten Mehran Barati leben die meisten der aufgenommenen Iraner, darunter vor allem regimekritische Journalisten, in der Bundeshauptstadt. Weitere sind in Hamburg und Nordrhein-Westfalen untergekommen. Nach seiner anfänglichen Kritik an der Dauer des Aufnahmeverfahrens zeigte sich Barati nun mit den Bemühungen der Bundesregierung zufrieden. Allerdings hoffe er, dass noch deutlich mehr als 50 Perser aufgenommen würden. Dafür gebe es auch Signale. So lasse der Wechsel zu Rot-Grün in NRW erwarten, dass dort mehr Exil-Iraner eine sichere Heimat fänden als bislang zugesagt.

SPARPAKET

## Kommunen fürchten Wohngeldkürzung

Die von der Bundesregierung angekündigten Einsparungen beim Wohngeld belasten die ohnehin klammen Städte und Gemeinden. Laut Berechnungen des Deutschen Städtetags geht es um einen dreistelligen Millionenbetrag, den die Kommunen künftig zusätzlich übernehmen müssen. Die Experten des Städtetags rechnen damit, dass wegen der Wohngeldkürzung demnächst wesentlich mehr Haushalte auf zusätzliche Unterstützung nach

Hartz IV angewiesen sein werden, weil ihnen trotz Arbeit nicht genug zum Leben bleibt. Für die Unterkunftskosten dieser sogenannten Aufstocker sind die Städte und Gemeinden zuständig. „Das ist Haushaltssanierung des Bundes auf Kosten der Kommunen“, sagt Monika Kuban, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetags. Kuban fordert die Bundesländer deshalb auf, den Kürzungsplan im Bundesrat abzulehnen.